



Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP**

Vereinbarung mit der Alevitischen Gemeinde in Schleswig-Holstein bis 2022 auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung im zweiten Quartal 2020 Gespräche mit der Alevitischen Gemeinde aufzunehmen. Ziel der Gespräche ist der Abschluss einer Vereinbarung bis zu dem Ende dieser Legislaturperiode. Die Verhandlungen sollen sich an den Vereinbarungen in anderen Bundesländern mit Alevitischen Gemeinden orientieren und insbesondere gemeinsame Regelungen zu Feiertagen, religiösen Einrichtungen und dem Zusammenwirkungen von Land und Religionsgemeinschaft anstreben.

Begründung:

In Schleswig-Holstein gibt es fünf alevitische Gemeinden mit rund 20.000 Mitgliedern. Im vergangenen Jahr feierte die Alevitische Gemeinde ihr 30-jähriges Bestehen im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurden Gespräche mit der Gemeinde aufgenommen, jedoch nicht zu Ende geführt. Nach dem Vorbild bereits bestehender Vereinbarungen von Bundesländern mit Glaubensgemeinschaften, sollte an dem Ziel einer gemeinsamen Vereinbarung festgehalten werden. Die Alevitische Gemeinde ist mit ihren demokratischen und humanistischen Werten längst ein verlässlicher und wichtiger

Ansprechpartner für das Land. Insofern ist das Ziel einer gemeinsamen Vereinbarung, wie mit anderen Glaubensgemeinschaften, nur folgerichtig. Neben konkreten Regelungsinhalten, wie beispielsweise der Umgang mit religiösen Feiertagen, bietet eine Vereinbarung die Chance gemeinsame Wertegrundlagen und ein gemeinsames Verständnis von Glaubensfreiheit zu statuieren. Das stärkt nicht nur das konstruktive Miteinander von Land und Alevitischer Gemeinde, sondern erkennt dieses ausdrücklich an. Vorbild können hier bereits bestehende Vereinbarungen von Alevitischen Gemeinden mit anderen Bundesländern sein, aber auch Regelungen die das Land Schleswig-Holstein mit anderen Glaubensgemeinschaften geschlossen hat, etwa der „Vertrag über die Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein“.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion